

**perspektiven des demokratischen
sozialismus**
Zeitschrift für Gesellschaftsanalyse
und Reformpolitik
24. Jahrgang 2007 Heft 2
ISBN 978-3-89472-578-5
ISSN 0939-3013

Herausgegeben im Auftrag des Vorstandes
der HDS von Nils Diederich, Iring Fetscher,
Helga Grebing, Leo Kiffler und Karl Theodor
Schuon

Redaktion: Bernhard Claußen, Klaus Faber,
Thomas Goger, Horst Heimann, Arne Heise,
Ulrich Heyder, Jens Kreibaum, Thomas
Meyer, Thomas Noetzel, Roland Popp, Walter
Reese-Schäfer, Hans-Joachim Schabedoth,
Joachim Spangenberg

Verantwortlicher Redakteur:
Klaus-Jürgen Scherer
Barbarossastr. 61, 10781 Berlin
Klaus-juergen.scherer@spd.de

HDS-Geschäftsstelle:
c/o Kulturforum
WBH, Wilhelmstr. 141
10963 Berlin

Verlag und Abo-Vertrieb:
Schüren Verlag GmbH,
Universitätsstr. 55, D-35037 Marburg
Informationen zu perspektiven ds und zum
Verlagsprogramm des Schüren Verlags finden
Sie im Internet: www.schueren-verlag.de
Die perspektiven ds erscheinen zweimal im
Jahr. Einzelpreis 9,90 €, Jahresabo 16,90 €
incl. Versand. Der Bezugspreis für HDS-
Mitglieder ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.
© Schüren Verlag GmbH
Alle Rechte vorbehalten.
Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben
nicht unbedingt die Meinung der Redaktion
wieder. Für unverlangt eingesandte Manu-
skripte wird keine Haftung übernommen.
Anzeigenverwaltung: Schüren Verlag
Druck: Gruner-Druck, Erlangen

*Der demokratische Sozialismus bleibt für uns
die Vision einer freien, gerechten und solidari-
schen Gesellschaft, deren Verwirklichung für
uns eine dauernde Aufgabe ist. Das Prinzip
unseres Handelns ist die soziale Demokratie.*

Hamburger Grundsatzprogramm der SPD

„Prinzip links“ zwischen Reform und Populismus

perspektivends
2/07

Inhalt

Editorial

Schwerpunkt: Prinzip links zwischen Reform und Populismus

Hans-Jochen Vogel

Was heißt es heute, „auf der Höhe der Zeit zu sein?“

Ulrich Heyder

„Auf der Höhe der Zeit“ – Fragen an eine sich erneuernde Sozialdemokratie

Horst Heimann

„Deutschland rückt nach links“ – doch was und wo ist links? Die plötzliche Wiederentdeckung des Unterschieds zwischen rechts und links

Helga Grebing und Nils Diederich im Gespräch

Versunkene Welt oder ewige Vision von Freiheit und Gerechtigkeit?

Franz Walter

Sozialdemokratische Programmfindung. Ruck nach links?

René Cuperus

Populismus gegen Globalisierung. Eine neue europäische Revolte

Alfio Mastropaolo

Italien: Populismus, Antipolitik oder Verlangen nach Politik?

Gero Neugebauer

Die Partei DIE LINKE: Porträt einer Bedarfsgemeinschaft

Christian Demuth

Die Linkspartei – eine populistische Partei(?)

Bettina Bundszus / Vito Cecere:

Politik der Gesinnungsethik. Betrachtungen über Die Linke

Johano Strasser

Fortschritt – eine historische Skizze

Johano Strasser

Die Zukunft der Arbeit – eine kulturelle Herausforderung

Beiträge und Diskussionen

Julia Walter

Neuer Premier vor alten Problemen. Die deutsch-polnischen Beziehungen nach dem Machtwechsel in Warschau

Klaus Faber

Türkische Optionen zwischen Laizismus und Islamismus. Fest zu glauben, es gebe keine Gefahren, hat diese noch nie beseitigt

Berichte und Rezensionen

Carsten Schlüter-Knauer
„Dicke Luft“: Pluralistische
Zumutungen für die religiöse
Aufrüstung

Roland Popp
Der Prophet der Hochleistungs-
demokratie

Daniela Münkler
„Ich rat Euch ES-PE-DE zu
wählen“. Günter Grass zum 80.

Peter Brandt
Kleine Geschichte des SDS

Klaus-Jürgen Scherer
Meinungsmache und Reform-
politik

Autorinnen und Autoren

Editorial

*lichtung
manche meinen
lechts und links
kann man nicht verwechsellern,
werch ein illtum!*
Ernst Jandl

Diese Dichterworte verweisen darauf, auch in der Geschichte der demokratisch-sozialistischen Emanzipationsbewegung waren Zeitanalysen und Instrumente nie unumstritten. Und doch bewegten sich die meisten Auseinandersetzungen innerhalb des Rahmens *linker* Grundüberzeugungen. Diese nannte Hermann Weber das *Prinzip links*: Zum einen den – bei ihm Anfang der 1950er Jahre erfolgten – eindeutigen Bruch mit dem stalinistischen Kommunismus, aber auch mit der „kommoden Diktatur“ (Günter Grass) bis in die 1980er Jahre hinein. Zum anderen die fortbestehende Kritik an gesellschaftlichen Spaltungen, Unsicherheiten und Ungerechtigkeiten, an Folgen und Grenzen des freien Marktes. Auch wenn der Glauben an die Totalalternative zum Kapitalismus seit Godesberg überwunden ist, kommt es doch entscheidend auf Modelle und Varianten an, ohne Kapitalismuskritik ist eben kein „Primat der Politik“ zu haben. So übrigens auch die Analyse der Globalisierung im neuen Grundsatzprogramm der SPD – jetzt ergänzt durch die aufgrund des Klimawandels endlich verstandene ökologische Dimension („Prinzip der Nachhaltigkeit“).

Heute, eingezwängt zwischen Großer Koalition und Linkspartei, bewegt

sich das „*Prinzip links* zwischen Reform und Populismus“, so der Schwerpunkt unseres Heftes, zwischen einer Reformpolitik der sozialen Modernisierung und den rhetorischen Gefährdungen eines populistischen Traditionalismus. Muss der moderne Reformdiskurs nicht Unterschiede präziser herausarbeiten zwischen weiterhin berechtigten wertefundierten Zielen und überholten, unter den Bedingungen der Globalisierung nicht mehr tauglichen, Instrumenten? – Zu dieser notwendigen Klärung tragen Beiträge dieses Heftes bei.

Darüber, wieweit die SPD unter Kurt Beck bei Mindestlohn, Managergehältern und Verlängerung des Arbeitslosengeldes wieder „nahe bei den Menschen“ ist, wie berechtigt die Besinnung auf die Kernkompetenz sozialer Gerechtigkeit ist, wie links die Kurskorrektur der SPD im Jahre 2007 eigentlich war, ob erneut ein Aufbruch zu neuer Mehrheitsfähigkeit gelang, wieweit die Verbindung zwischen verbesserter Sozialreform und Erdung der zweifelnden Mitgliederpartei gelang, oder was sich an Substanz hinter gewandelten Formeln (von der „Kraft der Erneuerung“ hin zu „das soziale Deutschland“) verbirgt – über derartige Fragen kann und sollte, wie in diesem Heft der *perspektivends*, kontrovers diskutiert werden.

Ganz etwas anderes (und wirklich ärgerlich) ist es, wenn der Kalte Krieg als Farce wiederaufersteht und jetzt, wo die Anziehungskraft neoliberaler Glückversprechen verblasst, die dumpfe Formel von „Freiheit statt Sozialismus“ (CDU-Wahlkampfpapole von 1976) eine Renaissance erlebt.

Erneut soll die SPD durch die ideologische Gleichsetzung von marxistisch-leninistischem Kommunismus und freiheitlichem Sozialismus denunziert werden. So durfte der konservativ gewendete Wolf Biermann, der nie ein demokratischer Sozialist, wohl aber ein utopischer Kommunist war, im „Spiegel“ (45/2007) unter der Überschrift „Comeback eines toten Hundes“ Sätze formulieren wie: „Und das Wort ‚Sozialismus‘ heißt seit dem totalitären Tierversuch an lebendigen Menschen nur noch: systematische Indoktrination, Erziehungsdiktatur, Folter, Willkür, Okkupation, Spitzelstaat, Maulkorb, Rechtlosigkeit“. Ebenso Angela Merkel auf dem CDU-Parteitag Dezember 2007: „Demokratischer Sozialismus: Das ist ein Widerspruch in sich. Das passt denkglogisch nicht zusammen. Der Sozialismus endet totalitär, ob man es will oder nicht!“

Würde die Partei mit dem „C“ im Namen doch auf den Papst hören. Für Ratzinger ist „das totalitäre Modell“ etwas grundsätzlich anderes: „Der demokratische Sozialismus hat sich von seinem Ausgangspunkt her als ein heil-sames Gegengewicht gegenüber den radikal liberalen Positionen in die beiden bestehenden Modelle (das laizistische und das staatskirchliche, KJS) einzufügen vermocht, sie bereichert und auch korrigiert. Er erwies sich dabei auch als die Konfessionen übergreifend; in vielem stand und steht der demokratische Sozialismus der katholischen Soziallehre nahe, jedenfalls hat er zur sozialen Bewusstseinsbildung beigetragen.“ (Kardinal Ratzinger in: Die ZEIT 50/2000)

Der demokratische Sozialismus war der eigentliche und gefährlichste Gegner des fälschlicherweise zum „Realsozialismus“ umetikettierten Marxismus-Leninismus. Der Kommunismus ist implodiert. Jetzt steht die „soziale Demokratie“ den Handlungsprinzipien „wirtschaftsliberaler Demokratie“, sowie den neuen Spielarten von Nicht-Demokratien bzw. Post-Demokratien gegenüber. Eigentlich ist diese „soziale Demokratie“ heute, wie zuletzt Thomas Meyer in seinen umfangreichen Studien zeigte, die alltagstauglichere und auch politikwissenschaftlich besser begründbare Unterscheidungskategorie. Doch gibt es gute Gründe, dass im neuen Grundsatzprogramm anlehndend an das Godesberger Programm formuliert wurde, die „stolze Tradition“ des demokratischen Sozialismus nicht zu leugnen: „Der demokratische Sozialismus bleibt für uns die Vision einer freien, gerechten und solidarischen Gesellschaft, deren Verwirklichung für uns eine dauernde Aufgabe ist.“ (Hamburger Programm)

Diese Gründe haben zu tun mit dem Zusammenhalt der Gemeinschaft der Mitglieder, mit Geschichts- und Traditionsbewusstsein, mit der offensiven und selbstbewussten Auseinandersetzung mit der Linkspartei, aber auch mit der Grundhaltung, sich eben nicht konservativ abzufinden mit dem, was ist, sondern noch ein Verlangen zu spüren nach einer „Ordnung von Wirtschaft, Staat und Gesellschaft, in der die bürgerlichen, politischen, sozialen und wirtschaftlichen Grundrechte für alle Menschen garantiert sind, alle Menschen ein Leben ohne Ausbeutung, Unterdrückung und Gewalt, also in sozi-

aler und menschlicher Sicherheit führen können“. (Hamburger Programm)

Die Globalisierung des 21. Jahrhunderts bietet eben nicht nur Chancen, nichts kommt von selbst, die Formel von Rosa Luxemburg „Sozialismus oder Barbarei“ erlebt nach 100 Jahren eine Art Neuauflage: „Dieses Jahrhundert wird entweder ein Jahrhundert des sozialen, ökologischen und wirtschaftlichen Fortschritts, der allen Menschen mehr Wohlfahrt, Gerechtigkeit und Demokratie eröffnet. Oder es wird ein Jahrhundert erbitterter Verteilungskämpfe und entfesselter Gewalt“. (Hamburger Programm)

Ist die Gestaltung der Globalisierung eine derartig existentielle Aufgabe, so kann die rettende Kraft nur aus dem Spannungsbogen aus Regierungs- und Kritikfähigkeit erwachsen; es braucht eben *beides*: (1) erfolgreiche praktische Realpolitik, vom Leitbegriff „Pragmatismus“ spricht derzeit die IG-Metall, wie auch (2) die Rastlosigkeit konkreter Utopie, ohne deren Begrifflichkeit zu dogmatisieren: Denn „Sozialismus, das ist ein modernes Wort für die ewige Sehnsucht der Menschen nach einer besseren Welt, nach menschlicher Würde, nach größerer Freiheit, nach Überwindung der Entfremdung des Menschen von sich selbst, nach Heimkehr. Vielleicht und wahrscheinlich wird diese Sehnsucht morgen nicht mehr Sozialismus genannt werden. Aber die Sehnsucht, die Hoffnung nach einer solchen Welt, werden bleiben...“. (Leo Bauer)

Selbstzufriedenheit hat die Menschheit noch nie vorangebracht, das Unbehagen an den Entwicklungen ist ein erster Schritt voran, der sodann jedoch der

Analyse und des Diskurses bedarf, um in gangbare Wege der Gesellschaftsreform zu münden. Ist das nicht, bei allem wissenschaftlichen und politischen Pluralismus, wie er auch in diesem Heft zum Ausdruck kommt, unser gemeinsames Grundverständnis?

Dies ist die letzte Ausgabe, die von mir als verantwortlichem Schlussredakteur gestaltet wurde. Dank an alle, die mich hierbei in den letzten sieben Jahren unterstützt haben. Freuen wir uns gemeinsam auf neue Akzente im kommenden Jubiläumsjahr, dem 25. Jahrgang der *perspektivends*.

Klaus-Jürgen Scherer

Schwerpunkt: *Prinzip links* zwischen Reform und Populismus?

Hans-Jochen Vogel

Was heißt es heute, auf der Höhe der Zeit zu sein?

Eingangsworte anlässlich der Buch-Präsentation des Sammelbandes Matthias Platzeck, Peer Steinbrück, Frank-Walter Steinmeier (Hg.): „Auf der Höhe der Zeit. Soziale Demokratie und Fortschritt im 21. Jahrhundert“ (Berlin 2007) im Willy-Brandt-Haus am 3. September 2007

Ich bin eingeladen worden, eine bedenkenswerte Frage zu beantworten. Nämlich die Frage, was es heute heißt, auf der Höhe der Zeit zu sein. Gemeint ist dabei natürlich, was das für die deutsche Sozialdemokratie heißt. Denn die Frage ist von einem Zitat Willy Brandts hergeleitet. Das stammt aus einer Grußbotschaft an den Kongress der Sozialistischen Internationale in Berlin im Herbst 1992, die ich in seinem Auftrag vortragen musste, weil er dazu wenige Wochen vor seinem Tod schon nicht mehr imstande war. Vollständig lautet es: „Nichts kommt von selbst. Nur wenig ist von Dauer. Darum – besinnt Euch auf Eure Kraft und darauf, dass jede Zeit eigene Antworten will und man auf der Höhe der Zeit zu sein hat, wenn Gutes bewirkt werden soll.“

Ist die deutsche Sozialdemokratie in diesem Sinne heute auf der Höhe der Zeit – programmatisch und auch

in ihrer praktischen Politik? Jedenfalls bemühen wir uns darum. In einer doch recht intensiven, von Kurt Beck und Hubertus Heil in kluger Weise moderierten Debatte über ein neues Grundsatzprogramm, die den Vergleich mit der entsprechenden Diskussion in der Union wahrlich nicht zu scheuen braucht und das wir Ende nächsten Monats in Hamburg verabschieden wollen. Und in unserer täglichen politischen Arbeit auf der Bundesebene, aber auch in den Ländern und in den Kommunen. Um der Brandt'schen Forderung zu entsprechen, muss das neue Grundsatzprogramm meines Erachtens folgende drei Voraussetzungen erfüllen. Und Entsprechendes gilt für die praktische Politik.

Wir müssen zunächst einmal ein weiteres Zitat eines anderen großen Sozialdemokraten beherzigen. Es findet sich in dem zweiten Vortrag Ferdinand Lassalles über Verfassungswesen vom November 1862. Da heißt es: „Alle große politische Aktion besteht in dem Aussprechen dessen, was ist, und beginnt damit. Alle politische Kleingeisterei besteht in dem Verschweigen und Bemänteln dessen, was ist.“ Wir müssen also die Realität vorurteilsfrei analysieren und vor allem die Veränderungen zur

Kenntnis nehmen, die seit der letzten programmatischen Aussage – das heißt in unserem Falle seit der Verabschiedung des Berliner Programms – eingetreten sind und in der überschaubaren Zukunft weiter eintreten werden. An solchen Veränderungen ist ja wahrlich kein Mangel. Ohne Anspruch auf Vollständigkeit nenne ich nur

- die aus der Globalisierung erwachsene Verflechtung der Kontinente sowie die damit verbundenen Veränderungen der wirtschaftlichen Wettbewerbsbedingungen, die zugleich mit einer Begrenzung der Möglichkeit nationaler Rahmenseetzungen einhergehen, die auf der europäischen und auch schon auf der Weltebene ausgeglichen werden muss;
- die von uns bereits in den achtziger Jahren thematisierte, in seinem ganzen Ausmaß aber erst jetzt ins allgemeine Bewusstsein getretene Gefährdung der Umwelt durch den weit fortgeschrittenen Klimawandel;
- die demographischen Veränderungen im Altersaufbau unseres Volkes;
- das beständig zunehmende Auseinanderklaffen der Einkünfte und der Vermögen, aber auch der Aufstiegschancen und der Lebensbedingungen in unserem Lande;
- das Vordringen des ökonomischen Prinzips auch in Lebensbereiche, die ihm früher verschlossen waren;
- die übermäßige öffentliche Verschuldung, die in der Vergangenheit angehäuft worden ist und jeweils an die jüngere Generation weitergegeben wird;

- die Herausforderung durch eine ganz neuartige private Gewalt in Gestalt eines selbstmörderischen Terrors;
- die bedrückend ungerechte Verteilung von Macht und Wohlstand auf unserem Globus und nicht zuletzt
- die zunehmende Beschleunigung aller Entwicklungen und die beginnende Entgrenzung von Zeit und Ort durch die moderne Informationstechnik.

Natürlich gibt es auch positive Veränderungen; so die Implosion des sowjetischen Systems, die deutsche Einheit, die fortschreitende europäische Einigung. Und auch der technische Fortschritt ist nicht nur mit Gefahren verbunden, sondern kann viele positive Auswirkungen etwa hinsichtlich der Produktivität, der Energieeinsparung und allgemein der Verbesserung der Lebensbedingungen herbeiführen.

Wer diese Veränderungen verschweigt oder bemäntelt, betreibt auch heute Kleingeisterei. Mehr noch – er führt die Menschen in eine Traumwelt und damit in die Irre. Eine Partei, die derzeit unter neuem Namen von sich reden macht, tut das und fällt daher zu Recht unter das Lasalle'sche Verdikt.

Wir müssen zum zweiten neue und sachgerechte Antworten geben, Antworten, die erkennen lassen, warum sie von den bisherigen abweichen, die begründet sind und deren Realisierbarkeit im Rahmen des möglichen geprüft ist. Antworten auch, die klar sind und den Menschen ein Urteil darüber erlauben, wo sie sich von den Antworten anderer politischer Kräfte unterscheiden.

Diese unsere Antworten – und das ist meine dritte Folgerung – müssen mit dem Hauptgrundwert der Menschenwürde und unseren Grundwerten, den Grundwerten der Gerechtigkeit, der Freiheit und der Solidarität, im Einklang stehen, sie müssen der Prüfung unter diesen Kriterien standhalten. Solidarität heißt unverändert, für die Schwächeren einzutreten. Wer Freiheit will, muss eben die Voraussetzungen dafür schaffen, dass der einzelne von ihr wirklich Gebrauch machen kann. Gerechtigkeit gründet noch immer in der gleichen Würde aller Menschen und verlangt nicht nur Gleichheit vor dem Gesetz, sondern gleiche Chancen der politischen und sozialen Teilhabe und der sozialen Sicherung. So steht es schon in unseren früheren Programmen.

Natürlich ist es in unserer Zeit schwieriger, den Grundwerten genüge zu tun, als in Zeiten eines beständigen materiellen Mehrs. Gerade deshalb sollten wir nicht vergessen, dass die Grundwerte nicht nur für den Umgang mit materiellen Gütern gelten. Sie gelten für den mitmenschlichen Umgang schlechthin! Verlören wir sie aus den Augen, würde unsere Politik beliebig, wären wir am Ende keine Sozialdemokraten mehr. Selbstverständlich muss die Entscheidung darüber, aus welchen Grundüberzeugungen und Glaubenshaltungen der einzelne diese Grundwerte für sich ableitet, weiterhin allein ihm überlassen bleiben.

So weit die für unsere Frage meines Erachtens maßgebenden Kriterien. Obwohl ich mich unverändert des Beinamens eines Oberlehrers erfreue, kann es nicht meine Aufgabe sein, diese Kri-

terien nun auf den Programmentwurf und die Änderungs- und Verbesserungsvorschläge im einzelnen anzuwenden. Insgesamt erscheint mir aber der Entwurf, der allerdings in mancher Hinsicht noch der Konzentration und der Zuspitzung bedarf, als eine brauchbare Grundlage. Als hilfreich erachte ich dafür insbesondere die Vorschläge der Grundwertekommission unter Federführung von Wolfgang Thierse und die Überarbeitungen von Erhard Eppler und von Julian Nida-Rümelin. Wichtig sind sodann die dank des Engagements des *Vorwärts*-Buchverlages in Buchform erschienenen Beiträge, also das von Kurt Beck und Hubertus Heil herausgegebene Lesebuch zur Programmdebatte und die von Detlef Albers und Andrea Nahles herausgegebenen „Linken Programmbausteine“ sowie der heute hier von Matthias Platzeck, Peer Steinbrück und Frank-Walter Steinmeier präsentierte Sammelband „Auf der Höhe der Zeit. Soziale Demokratie und Fortschritt im 21. Jahrhundert.“

Die darin zusammengefassten 50 Äußerungen von Politikerinnen und Politikern, Wissenschaftlern, Gewerkschaftern und Unternehmern bieten ein breites Spektrum bemerkenswerter Analysen und Perspektiven und auch von Erfahrungen aus anderen europäischen Ländern. Lesen konnte ich bisher allerdings nur die Überschriften. Von ihnen gefallen mir einige besonders gut. Etwa „Europa kann sich nicht leisten, auf sein Sozialmodell zu verzichten“. Oder „Nur konsequente Chancengleichheit führt zu sozialer Inklusion“. Aber auch „Damit der Staat handlungsfähig bleiben kann, muss die SPD das Ziel ausgegli-

chener Haushalte sehr selbstbewusst weiter verfolgen“. Oder „Die SPD muss endlich ihre Opfer- und Oppositionsmentalität überwinden.“

Nicht minder „Die SPD muss die internationalen Realitäten anerkennen, darf sich aber nicht mit den Verhältnissen abfinden.“ Oder „Ein starker Staat – Standbein einer modernen Gesellschaft“. Zwei weitere Überschriften könnten von mir stammen. Nämlich „Zurück zu sozialdemokratischen Wurzeln“ und „Warum Werte in kommunalpolitischen Fragen auch heute noch eine wichtige Rolle spielen“. Kein Zufall übrigens, dass diese letztere Überschrift von einem Manne stammt, der mir in mehreren Ämtern nachgefolgt ist.

Sorgfältiger anschauen konnte ich mir den gemeinsamen Text der drei Herausgeber. Er ist insgesamt durchaus auf der Höhe der Zeit und hat ja etwa hinsichtlich seiner historischen Elemente auch bereits eine lebhafte Debatte ausgelöst. Dazu kann ich nur bemerken, dass die Spannung zwischen einer Programmatik, die auf der Marx'schen Theorie der Gesetzmäßigkeit der Entwicklung hin zum Sozialismus beruhte, und dem Bekenntnis zum reformerischen Engagement der Sozialdemokraten, die beide im Erfurter Programm von 1891 ihren Niederschlag gefunden haben, endgültig erst im Godesberger Programm von 1959 überwunden worden ist.

Der Text unterstreicht die Notwendigkeit einer dynamischen wirtschaftlichen Entwicklung. Dem stimme ich zu. In meiner Sprache hätte ich aber vielleicht noch deutlicher ausgeführt, dass der Markt sicherlich ein unentbehrliches, anderen wirtschaftlichen

Steuerungsverfahren überlegenes Instrument, aber eben nur ein Instrument und nicht die maßgebende gesellschaftliche Entscheidungsinstanz ist und dass er deshalb der Rahmensetzung bedarf. Auch ist die wirtschaftliche Dynamik für mich ebenfalls ein Mittel zur Erreichung höherwertiger Ziele, nicht ein Selbstzweck. Und das Wachstum muss an seiner Quantität und nicht allein an seiner Qualität gemessen werden. Aber da gehen unsere Meinungen wohl inhaltlich nicht auseinander.

Gefreut habe ich mich darüber, dass der vorsorgende Sozialstaat nicht als neue Inhaltsbestimmung des Sozialstaats, sondern als eine Seite des Sozialstaats dargestellt wird, die in der Tat an Bedeutung gewonnen hat, aber unverändert einer nachsorgenden Entsprechung bedarf. Nur so kann insbesondere dem Grundwert der Solidarität und der – hier sozialen – Gerechtigkeit Genüge getan werden.

Wer mich einlädt, muss damit rechnen, dass auch Dinge angesprochen werden, die manchen altmodisch erscheinen, die aber nach meiner Ansicht auch in ein neues Programm gehören, weil es ja nicht nur den Verstand, sondern auch die Herzen der Menschen erreichen soll und weil wir uns nur dann in dem von mir definierten Sinne auf der Höhe der Zeit befinden, wenn wir auch an den durch die Erfahrung erhärteten Elementen unserer Tradition festhalten und Kontinuität erkennen lassen. Ja, wenn wir unsere Tradition im Sinne des berühmten Ausspruchs von Jean Jaures pflegen, der gesagt hat, Tradition pflegen heiße nicht, kalte Asche weiter zu reichen, sondern die Flamme

am brennen zu halten. Wir sollten das emotionale und haltgebende, das unser Selbstbewusstsein stärkende Potential, das darin steckt, nicht unterschätzen. Um so eher können wir den Menschen dann auch die notwendig gewordenen Veränderungen nahe bringen und ihnen Notwendiges zumuten.

Deshalb bringe ich drei von mir schon früher artikulierten Anregungen in Erinnerung, über die wir uns dann vielleicht auch in der Podiumsdiskussion austauschen können. Das ist einmal der Wunsch, die Absicht, die von mir bereits angesprochene Kluft zwischen Arm und Reich wieder zu verringern, noch deutlicher zu formulieren. Und auch mit konkreten Aussagen darüber zu verbinden, dass diejenigen, die weit überdurchschnittlich verdienen oder über weit überdurchschnittliche Vermögen verfügen, mehr zum Wohle der Gesellschaft beitragen sollen als bisher.

Dann die Bitte, den Begriff des demokratischen Sozialismus – Matthias Platzeck möge es mir nicht übel nehmen – nicht aus dem Programm zu verbannen, sondern an ihm an zentraler Stelle mit dem Satz festzuhalten: „Der demokratische Sozialismus wird in der sozialen Demokratie verwirklicht“. Dabei berufe ich mich auf ein anderes Brandt-Zitat. Es lautet: „Heute meinen nicht wenige, der Begriff ‚Sozialismus‘ sei für immer verbraucht; er wurde in der Tat heillos kompromittiert. Aber es wird sich als geschichtlicher Irrtum erweisen, das dem demokratischen Sozialismus, der Sozialdemokratie zugrundeliegende Ideal – die Zusammenfügung von Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität – als überholt abtun zu wollen.“ Außerdem

– ich sagte es schon – muss gerade ein sozialdemokratisches Programm auch die historischen Wurzeln erkennen lassen.

Schließlich gehört zu meinem Verständnis der Sozialdemokratie auch eine konkrete Vision, die weit über den Tag hinaus reicht. Im Kaiserreich war es die Vision einer demokratischen und sozialen Republik. Im Heidelberger Programm von 1925 die Vision der Vereinigten Staaten von Europa. Zur Zeit Willy Brandts war es die Vision der Ostpolitik zur Stärkung der Sicherheit und des Friedens in Europa und zur Überwindung der deutschen Spaltung. Heute sollte es die Vision einer gerechten Weltordnung sein. Einer Weltordnung, die den Sumpf austrocknet, aus dem Terror und Gewalt ihre Nahrung ziehen.

Insgesamt sind wir mit der Arbeit an unserem neuen Grundsatzprogramm auf einem guten Wege. Und der heute vorgelegte Sammelband wird das weiter fördern. Auf der Höhe der Zeit sind nicht wenige unserer Antworten, aber durchaus auch in der praktischen Politik. Das sollten wir ruhig deutlicher und ohne Überhebung, aber mit dem gebotenen Selbstbewusstsein sagen. Zwei dieser Antworten waren in den beiden letzten Legislaturperioden die Agenda 2010, die notwendig war und die für mich trotz einzelner Detailfragen insgesamt unseren Grundwerten nicht widerspricht, und das Nein zum Irak-Krieg. Und auch in der Großen Koalition brauchen wir uns unserer Antworten durchaus nicht zu schämen. Das gilt für die von Frank-Walter Steinmeier verantwortete Außenpolitik, das gilt für die erfolgreiche Arbeit von Peer Steinbrück

und die Tätigkeit unserer anderen Kabinettsmitglieder, von denen ich stellvertretend nur Franz Müntefering als Vizekanzler nenne. Für die Arbeit von Matthias Platzeck in Brandenburg gilt es nicht minder. Und es gilt auch für die Arbeit der Fraktion unter Vorsitz von Peter Struck. Übrigens: Wer jetzt zur Nervosität neigt, den erinnere ich an die Situation unserer Partei in der ersten Großen Koalition im Jahre 1968.

Ich habe mit Willy Brandt begonnen. Deshalb will ich auch mit Willy Brandt schließen und behaupte als einer, der

ihn sehr gut kannte, dass er heute mit seiner Partei und ihrer Führung und insbesondere mit Kurt Beck nicht unzufrieden wäre. Er würde vielleicht den einen oder anderen Rat geben. Jedenfalls aber wäre er viel zufriedener als ein Teil der Medien und auch einige unserer Mitglieder. Das will etwas heißen. Denn von Programmdebatten, von der Arbeit in einer Großen Koalition und von einer Führung der Partei nicht durch Machtworte, sondern durch Kooperation und Beieinanderhalten, verstand Willy Brandt eine ganze Menge.

Ulrich Heyder

„Auf der Höhe der Zeit“ – Fragen an eine sich erneuernde Sozialdemokratie

Die Reformagenda 2010 ist „auf der Höhe der Zeit“ und verbesserungsbedürftig

Auf die Höhe unserer Zeit bringen wollen die Autoren eines kürzlich erschienenen Sammelbandes die Programmdiskussion in der deutschen Sozialdemokratie. (Auf der Höhe der Zeit – Soziale Demokratie und Fortschritt im 21. Jahrhundert. Berlin 2007, Hrsg. M. Platzeck, F.-W. Steinmeier, P. Steinbrück) Ein parteipolitisches Profil wird vorgestellt, das die Sozialdemokratie in die Lage versetzen soll, den Bürgern „Orientie-

rung“ zu geben und den „Wandel zu gestalten“. Die Ausführungen stehen in der Spannung von einer neu gefassten „individuellen Verantwortung“ und einer zugleich geforderten „gemeinsamen globalen Verantwortung“ als einer besonderen Herausforderung.

Die aktuelle Wirtschaftslage zeigt gute Wachstumsraten, höhere Staatseinnahmen, eine tendenziell sinkende Arbeitslosigkeit, stabiler gewordene Sozialsysteme, dank eines globalen Wirtschaftswachstums und der strukturellen Reformen, die mit der Agenda 2010 eingeleitet worden waren. Die Neuverschuldung des Staates geht zurück, der